

# DIE LINKE.

Ausgabe II / 2009

## Wer spart uns kaputt?

Das Studiengebühren sozial ungerecht sind und sich der Staat dadurch nur seiner Pflichtaufgaben entledigt, dürfte klar sein. Doch auf persönlicher Ebene kann das Handeln natürlich nachvollzogen werden: Wer spart nicht gerne?!



Das dachte sich wohl auch die Hochschulverwaltung und hat fleißig die Studiengebühren eingenommen und auf's Konto gelegt. Wie der AStA jetzt eindrucksvoll recherchiert hat, sind bis 2007 nur etwa ein Drittel der vereinnahmten Mittel aus Studiengebühren ausgegeben worden.

Das hat sich auch im Jahr 2008 nicht wesentlich geändert. Somit konnten 6.038.144,78 € in das aktuelle Haushaltsjahr „gerettet“ werden. Nur aus Studiengebühren! Also das Geld, das Studierende laut Gesetz für die „Verbesserung der Qualität der Lehre“ aus eigener Tasche gezahlt haben.

Weiter zeigte der AStA auf, dass die HSNR zusätzlich noch aus dem regulären Haushalt (also ohne Studienbeiträge) Überschüsse erwirtschaftete. Im Jahr 2008 waren das zum Beispiel fast 4,0 Mio €

Nun muss der Verwaltung zugute gehalten werden, dass diese Zahlen immer zum Jahreswechsel erhoben werden, also dann, wenn die Gelder für das begonnene Wintersemester eingenommen wurden. Deswegen hat der AStA auch die Jahre ab 2006 untersucht und dargelegt, dass es nicht nur zum Jahreswechsel so ist, sondern ein System dahintersteckt. Die HSNR spart sich auf eure Kosten reich und zwar zweifach: Erst zahlt ihr die Studiengebühren und dann (er)trägt ihr auch noch die schlechten Studienbedingungen!

Natürlich ist es seriös, Geld nicht einfach zu verprassen, doch Bedarf an zusätzlichen DozentInnen und MitarbeiterInnen, an Renovierungsmaßnahmen, an Büchern für die Bibliotheken, an EDV, Räumen und Laborplätzen...gibt es genug. Die Hochschule definiert ja so gerne die Studierenden als Kunden, also sollte sie eine von euch bezahlte Leistung auch erbringen. Dazu scheint sie aber nicht in der Lage zu sein und sollte deswegen zumindest die „Einsparungen“ an die Kunden weitergeben – also die Studiengebühren senken oder gleich ganz abschaffen.

Doch während die HSNR euch etwas vorenthält, liefert sie zeitgleich der Politik Gründe zu weiteren Kürzungen im Bildungsetat: Es ist ja scheinbar genug Geld an den Hochschulen vorhanden. Natürlich täuschen diese Zahlen über die Realität an der Hochschule hinweg, doch das wird die Entscheidungsträger nicht interessieren.

Es zeigt sich deutlich, dass die Definition von „Bildung als Ware“ nicht funktioniert. Der so gelobte Markt reguliert sich eben nicht selber. Ihr erhaltet weder mehr Leistung noch „bessere“ Preise. Ihr seid eben nicht die Kunden, die die neoliberale Politik gerne aus euch machen möchte.

Ihr werdet kaputt gespart von eurer eigenen Hochschulverwaltung und von den Regierenden.

Spätestens jetzt sollte auch den letzten Studierenden aufgefallen sein, dass Studiengebühren keine Probleme lösen. Deswegen müssen Studiengebühren abgeschafft werden! Hessen hat gezeigt, wie das politisch geht. - Jetzt kann im Herbst auf Bundesebene und Anfang 2010 auf Landesebene ein klares Zeichen gesetzt werden.

### Impressum

V.i.S.d.P:

**DIE LINKE.** / Helmut Schaper  
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01  
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

## Kommentar Schlechtes Schauspiel



Torben Schultz  
02166 - 901551  
torben.schultz@die-linke-mg.de

Wer die letzte Senatssitzung der HSNR besuchte, konnte sich ein peinliches Schauspiel ansehen. Rektor Ostendorf versuchte, die Bestätigung des jetzigen Kanzlers, Kühn, zum zukünftigen Vizepräsidenten zu blockieren. Nun ist Kühn nicht unumstritten, nur wenn jemand seine Meinung äußert und gegen etwas ist, dann ist das auch erst einmal zu respektieren. Doch ein Blick hinter die Kulissen und auf die Sachlage zeigt deutlich: Ostendorf wollte hier die Person Kühn beschädigen. Dabei wäre es mal an der Zeit gewesen, aufzuzeigen, wie die Enddemokratisierung der Hochschulen wirkt.

Derzeit hat die HSNR eine Art Doppelspitze: Der Rektor mit der Verantwortung für Wissenschaft und Lehre und der Kanzler mit der Verantwortung für die Verwaltung. Fakt ist: Mit der Amtszeit des Rektors tritt die neue Präsidentialverfassung in Kraft. Herr Ostendorf wird in den verdienten Ruhestand gehen, steht also für keinen Posten mehr zur Verfügung.

Der Hochschulrat ist für die Besetzung des Präsidenten und Vizepräsidenten verantwortlich und legt die Entscheidung dem Senat zur Bestätigung vor. Verwehrt der Senat diese, ändert das nichts, sondern verzögert allenfalls. Demokratie? Fehlansage!

Der derzeit befristete Vertrag mit dem Kanzler endet im September. Er wurde schon einmal verlängert – ein nochmalige Verlängerung ist rechtlich ausgeschlossen.

Mit dieser Blockade wollte Herr Ostendorf also nur seine Antipathie gegen Herrn Kühn ausleben, wissend, dass Kühn dann trotzdem Vizepräsident wird, dafür aber ein Problem mit den Verträgen entsteht. Statt dieser Kindergarten-Nummer hätten aber zwei ganz andere Details aufgezeigt werden müssen:

Erstens wird der Vizepräsident vom Präsidenten bestätigt und bekannt gegeben. Der Hochschulrat hat zwar fest jemanden für den Posten des Präsidenten im Auge, jedoch laufen da noch die Vertragsverhandlungen. Ehe diese nicht unter Dach und Fach sind, werden keine Namen genannt. Solange also über Gehalt und Dienstwagen verhandelt wird, brauchen Senat, MitarbeiterInnen und Studierende nichts zu wissen. Warum auch? Der Hochschulrat kann eh tun und lassen was er will.

Und damit kommen wir zum zweiten grundlegenden Punkt: Auch die zukünftigen Berufungen von DozentInnen werden dem Hochschulrat vorgelegt. Zwar legt der Fachbereichsrat noch wie bisher eine Auswahl von drei KandidatInnen vor, doch die Entscheidung liegt dann nicht wie bisher beim Ministerium.

So wie jetzt über die obersten Köpfe entschieden wird, wird der Hochschulrat dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit Einfluss auf Forschung und Lehre haben. Zwar muss der Hochschulrat dabei engen Entscheidungskriterien folgen, doch wir alle wissen, wie sich so etwas biegen lässt. Da im Hochschulrat VertreterInnen aus der Wirtschaft sitzen, die ihre eigenen Interessen verfolgen, droht eine Gefahr: Der Verlust der Freiheit der Lehre zugunsten von Wirtschaftsinteressen.

Fazit: Diese Posse persönlicher Befindlichkeiten verdeckt das eigentliche Problem der Enddemokratisierung der Hochschulen. DIE LINKE. wird diesen Trend in Land und Bund weiter bekämpfen und versuchen, die Mitbestimmungsrechte von Studierenden und MitarbeiterInnen zu stärken. Scheuklappen-Bildung führt in die Sackgasse, freie Bildung in die Zukunft.

## Wahl, ja auch an der Hochschule

In dem „Super Wahljahr 2009“ sollte eine Wahl nicht vergessen werden: Die Wahl zur „Studentischen Selbstverwaltung“! Diese Wahl findet zwar jedes Jahr statt und ist trotzdem unter den Studierenden nicht so bekannt. Deswegen hier ,mal et- was Grundsätzliches zur Wahl:

Die „Studentische Selbstverwaltung“ ist eigentlich ein kleines Spiegelbild der Demokratie der Bundesrepublik. Es gibt Bundesländer mit eigener Regierung und einem regionalen Zuständigkeits- gebiet. Damit sind bei uns an der Hochschule die Fachbereiche mit den einzelnen FSR's vergleichbar. Darüber hinaus gibt es den

Bundestag, der für alles Übergeordnete verantwortlich ist und die Regierung wählt. Bei uns gespiegelt als StuPa, das den AStA - Vorstand wählt; und wo sich unsere Bundeskanzlerin Unterstützung durch Minister/innen holt, da benennt der AStA - Vorstand Referenten.

Natürlich gibt es auch Unterschiede. So erhalten StuPa - Mitglieder keine Diäten und müssen nebenbei weiter studieren und arbeiten. Bis auf geringe Aufwandsent- schädigungen im AStA sind alle Tätigkei- ten ehrenamtlich.

Außerdem kannst du deinen AStA - Vorstand im AStA besuchen kommen und mit dem Finanzminister ,mal einen Kaffee trinken. Ich glaube kaum, dass du das mit Angela & Co kannst!?

Unsere Demokratie kannst Du hautnah erleben und jederzeit mitmachen. Ok., Wahlen sind zwar nur einmal im Jahr, aber StuPa - Sitzungen sind öffentlich, Gäste haben Rederecht. In deiner Fachschaft ist sicher immer was los und im AStA gibt es auch meistens was zu helfen; und damit überhaupt was auf dem Wahlzettel zum Ankreuzen steht bedarf es KandidatInnen und Listen!

Vermutlich wird die Wahl Anfang Mai stattfinden. Das derzeitige StuPa muss noch den vorgeschlagenen Termin vom 04.05. bis zum 08.05.09 bestätigen. Also wäre es jetzt an der Zeit, dir zu überlegen, ob du nicht selber aktiv werden willst. Dafür könntest du dich einer bestehenden Liste (vergleichbar mit den Parteien) an- schließen oder selber eine Liste gründen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat nur die Liste BGSB.SDS erklärt, dass sie wieder

---

antreten wird. Diese Liste haben wir euch bereits in der letzten Ausgabe vorgestellt. Die Gruppe ist fachbereichsübergreifend aktiv und besteht aus Mitgliedern, die sich mit den Inhalten der linksgerichteten Politik identifizieren. Die Mitglieder finden sich in Teilen der Parteienlandschaft wieder, in Gewerkschaften, in der Antifa, in der Tierrechts- und der Umweltbewegung.

Mehr unter: <http://asta.hs-niederrhein.de/sites/show/197>

Grundsätzliches zur Wahl findet ihr auf [OpenASTA.de](http://OpenASTA.de) (Teile dieses Textes sind daraus entnommen, stammen sie doch beide von Torben Schultz)

Wahlentscheidend: NRW-Ticket?

Bei einer Umfrage haben sich vor gut einem Jahr die meisten Studierenden für das NRW-Ticket ausgesprochen, also für die freie Fahrt von Rheine bis nach Bad Münstereifel, von Kleve bis weit hinter Paderborn. Das StuPa ist dann diesem Votum gefolgt und hat bis Ende des Wintersemesters 2009/10 dem Vertrag zugestimmt. Jetzt geht es in die Verlängerung und dabei steht dann auch eine Erhöhung des Anteils für das NRW-Ticket um 1,80 Euro an. Somit könnte die Frage NRW-Ticket Ja oder Nein zum Wahlkampfthema bei der kommenden StuPa Wahl werden. Zu recht?

DIE LINKE. Mönchengladbach hat den Schritt hin zum NRW-Ticket klar begrüßt. Es ist eine solidarische und ökologische Weise, Mobilität für alle umzusetzen. Wer 38,90 Euro im Semester für das NRW-Ticket im Wahlkampf ausschachtet, spielt mit Emotionen.

Jedes Semester drücken die Studierenden 500,- Euro ab, um ein Grundrecht zu erhalten: Bildung! Der Staat zieht sich mehr und mehr aus den gesellschaftlichen Aufgaben zurück und finanziert stattdessen durch Manager in die Krise gewirtschaftete Banken und Großunternehmen. Genau diese Manager haben aber noch ein gebührenfreies Studium erhalten, genau wie unsere PolitikerInnen.

Bisher konnte nicht gezeigt werden, wo die Studiengebühren wirklich positiv auf die Qualität der Bildung wirken. Aber es hat sich gezeigt, dass immer weniger Menschen aus finanziell schwachen und

bildungsfernen Schichten ein Studium aufnehmen.

Und 18% der Studiengebühren fließen in den Ausfall Fonds an die NRW Bank. Somit müssen Studierende nicht nur für ihre eigene „Kredit-Deckung“ sorgen, sondern auch noch den Bänkern Geld für Spekulationen auf dem Finanzmarkt stellen.

Studiengebühren sind also durchweg unsozial! Mit ihrer Einführung hat die Regierung einen Sozialpakt gekündigt: Leute, die von freier Bildung profitiert haben, müssen diese jetzt nicht mehr über ihre Steuern finanzieren.

Dagegen sind 38,90 Euro für das NRW-Ticket ein fairer Deal. Es gibt eine klare Gegenleistung, die nur durch die Masse der Studierenden so günstig zu bekommen ist. Versprechen wie „Wir wollen das NRW-Ticket als mögliche Zusatzoption ohne Zwang durchsetzen“ werden im Wahlkampf aufkommen. Versprechen, die realitätsfern sind: Es wird immer alle oder keiner heißen, auf alles andere lassen sich die Verkehrsverbände nicht ein.

Wer also gegen das NRW-Ticket antritt, kündigt auch einen Solidarpakt!

Das Prinzip Semesterticket, also die Bündelung vieler Einzelpersonen zu einem großen Kunden, ist ein richtiger und wichtiger Weg. Die Erweiterung auf das NRW-Ticket war die logische Konsequenz: Ökologisch, sozial, gut!

**DIE LINKE.**  
original sozial



Wir zahlen nicht für eure Krise. **Heraus zum 1. Mai**

Die schwerste kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hält die Welt in Atem. Die Krise bedroht Millionen Menschen mit Arbeitslosigkeit und Armut. Die Regierung verschiebt Milliarden Euro an Steuergeldern an marode Banken und senkt die Steuern für Besserverdienende. Für die arbeitenden Menschen tut sie nichts.

Den Arbeitslosen verweigert die Regierung die Erhaltung ihres Lebensstandards. Beziehen von AlgII wird nicht einmal das Nötigste zum Leben zugestanden. Auch unterlässt die Regierung alles, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Heute versuchen die Herrschenden, sich durch Sozialisierung der Verluste über die Krise zu retten. Selbst Verstaatlichung sowie die Schaffung sogenannter „Bad Banks“ für die Auslagerung fauler Kredite - noch vor Monaten aus ihrer Sicht die größte Todsünde - sind nicht mehr tabu.

Was wir brauchen, ist ein Antikrisenprogramm, das die wirtschaftliche Talfahrt wirksam stoppt, Arbeitsplätze sichert und zugleich verhindert, dass die Allgemeinheit mit den Folgen der geplatzten Spekulationsblase belastet wird.

Die Linke. fordert

- Millionäre stärker belasten - für ein gerechtes Steuersystem
- Ein Zukunftsprogramm für die Schaffung von mehr als 2 Millionen Arbeitsplätzen

- Stopp weiterer Massentlassungen
- Finanzmärkte regulieren statt Spekulationen zu finanzieren

Am 28. März haben tausende Menschen in Berlin und Frankfurt unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ demonstriert. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, sich kampfflos mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden.

Zum 1. Mai ruft die Gewerkschaft zu einer Maidemonstration auf. Leisten wir massenhaft Widerstand gegen Krise und Sozialkahltschlag für:

- ➔ 10 € gesetzlichen Mindestlohn
- ➔ 30 Stunden - Woche bei vollem Lohnausgleich
- ➔ Sofortige Anhebung des SGB II Regelsatzes auf 500 Euro

**DGB Mönchengladbach**  
Arbeit für Alle bei fairem Lohn

**1. Mai 2009**

**Demonstrationszug**

Ab Kirche St. Josef (Hermges) 10:00 Uhr

**Kundgebung**

Rheydter Markt ab 11:00 Uhr

Es spricht :

**Gregor Falkenhain (Ver.di)**

*Internationales Familienfest:*

- ☺ Kinderprogramm mit Betreuung
- ☺ Live- Musik mit Return
- ☺ Diskussion, Gespräche, Essen u. Trinken
- ☺ Ideenbörse und Beratung

Zwang zur Hauptschule statt Umsetzung des Elternwillens?

Die Stadt investiert in Mönchengladbach 1,4 Millionen Euro in den Ausbau der Hauptschulen, davon alleine in der Hauptschule Kirschhecke ca. 900.000 Euro.

Die LiLO hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Odenkirchen für den Neubau der Mensa und der zwei Freizeiträume für die Hauptschule Kirschhecke gestimmt. Nicht, weil die LiLO die Hauptschule als eine notwendige Schulform ansieht. Sie hat deshalb dafür gestimmt, weil eine Chancengleichheit bezüglich der Ganztagschulen nicht nur auf dem Papier stehen darf, sondern gewährleistet werden muss, solange es diese Schulform gibt.

Gleichzeitig hat die LiLO CDU und FDP aufgefordert, auch für Chancengleichheit für Gesamtschüler zu sorgen.

Von 2627 Kindern wurden 2009 weniger als 100 Kinder an den 12 Hauptschulen der Stadt Mönchengladbach angemeldet. Nach der ersten Anmeldung war keine Hauptschule in der Lage, auf Dauer einen geordneten Schulbetrieb durchzuführen. 1,4 Millionen EUR für eine Schulform, die nicht überlebensfähig ist.

Gleichzeitig wurden 497 Kinder - fünfmal so viele, wie Anmeldungen an den Hauptschulen - an den Gesamtschulen abgewiesen, weil für sie kein Platz vorhanden ist. Indem Eltern dadurch gezwungen werden, ihre an der Gesamtschule wegen Platzmangel abgewiesenen Kinder an der Hauptschule anzumelden, sind von den 12 Hauptschulen gerade einmal sechs überlebensfähig. Bei den anderen ist auf Dauer kein geordneter Schulbetrieb möglich.

Sie möchten mitmachen?

## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in DIE LINKE. Ich erkenne die Grundsätze des Programms und das Statut von DIE LINKE an.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Straße / Nr.: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e - Mail: \_\_\_\_\_

Ort / Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

Vorstand Die Linke - KV M'gladbach  
Helmut Schaper  
Postfach 30 10 01  
D - 41191 Mönchengladbach

Es zeigt sich, dass die Schulform Hauptschule ein Auslaufmodell ist. Sie kann Ihren Auftrag nicht erfüllen und wird von den meisten Eltern auch nicht gewollt. Durch die ideologische Festlegung der CDU, den Gesamtschulen keine Chance zu geben, werden Kinder gezwungen, eine Schule zu besuchen, die sie nicht wollen. Der Stadt entstehen Kosten durch Schulen, die es eigentlich schon nicht mehr geben dürfte. Angesichts der Haushaltslage der Stadt eine unverantwortliche Fehlentwicklung, die die CDU zu verantworten hat.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach fordert die sofortige Einrichtung einer sechsten und siebten Gesamtschule, um dem Elternwillen nach Gesamtschulplätzen nachzukommen. Des weiteren müssen die Hauptschulen, an denen nur eine Eingangsklasse gebildet werden kann, unverzüglich geschlossen werden.

**linksjugend**  
**['solid]** 

*Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern!*

Das ist das Motto der Linksjugend ['solid], dem parteinahen Jugendverband von Die Linke.

Ab diesem Frühjahr soll nun auch **Mönchengladbach** einen linken Jugendverband haben!

Ziel soll es sein, **direkt und vor Ort** Jugendarbeit zu leisten und für **Jugendliche** da zu sein!

Informationen dazu gibt es unter [solid@die-linke-mg.de](mailto:solid@die-linke-mg.de) oder im LiLO-Büro